NZZ

«Oioioi, da rollt etwas auf uns zu»: Die freisinnige Phyllis Scholl will die Frauen von einem Nein zu den EU-Verträgen überzeugen

Die Rechtsanwältin und Gemeindepräsidentin von Kilchberg ist eine überzeugte Gegnerin der EU-Abkommen. An die Politiker appelliert sie, sie sollten die Vertragstexte lesen. So schwer sei das nicht.

Katharina Fontana 20.10.2026, 15.34 Uhr 5 Leseminuten



«Wir werden uns beugen müssen, und zwar laufend»: Phyllis Scholl.

Annick Ramp / NZZ

Kurz vor Weihnachten 2024 feierten Viola Amherd und Ursula von der Leyen vor den Medien in Bern den Abschluss der EU-Verhandlungen. Während die damalige Schweizer Bundespräsidentin der «lieben Ursula» für die vertrauensvolle Zusammenarbeit dankte, sprach diese von einem historischen Abkommen und einem Kraftpaket, das nun geschnürt werden solle. In diesem Moment wusste Phyllis Scholl, dass sie genau verstehen wollte, was in den Verträgen steht.

Inzwischen ist Phyllis Scholl eine überzeugte Kritikerin der Abkommen. Die Frau mit dem lebhaften Naturell, die gerne lacht und «immer mindestens fünf Jahre voraus» denkt, wird von Parlamentskommissionen als Expertin im EU-Dossier angehört und tritt auf europapolitischen Podien auf. Scholl ist Anwältin, hat sich im Strombereich spezialisiert und sitzt in Verwaltungsräten von Bau- und Energieunternehmen. Lange Zeit war sie bei einer der grössten Wirtschaftskanzleien in Zürich tätig, wo sie zur Partnerin aufstieg. Vor ein paar Jahren, als das Leben mit zwei Kindern für Scholl und ihren beruflich ebenfalls sehr eingespannten Mann zu fremdbestimmt wurde, wechselte sie zu einer kleineren Kanzlei. Daneben ist die 49-Jährige seit gut vier Jahren FDP-Gemeindepräsidentin der Zürcher Seegemeinde Kilchberg.

«Da rollt etwas auf uns zu»

Nach der inszenierten Feier von Amherd und von der Leyen begann Phyllis Scholl, die damals erst spärlich verfügbaren Unterlagen zu studieren. «Ich war erstaunt über die vielen unbestimmten Begriffe, die verwendet wurden. Da kamen mir erstmals Zweifel, ob die Bundesräte die Dokumente überhaupt gelesen haben.» Die Vertragstexte waren damals noch nicht publiziert, doch was über den Inhalt durchsickerte,

machte Phyllis Scholl stutzig. «Irgendwann wusste ich: Oioioi, da rollt etwas auf uns zu.»

Sie versuchte, mit FDP-Vertretern über das Thema zu sprechen, doch war sie mit ihren Befürchtungen mehr oder weniger allein. Eher zufällig ergab sich der Kontakt mit den Unternehmerinnen Sara Hürlimann und Karin Faes. Hürlimann hat eine Zahnarzt- und Kinderarztpraxiskette gegründet, Faes ist Bauunternehmerin und ehemalige Aargauer FDP-Grossrätin. Die Frauen stellten fest, dass sie alle drei dem europapolitischen Weg des Bundesrates nicht folgen wollten. Und dass vor allem Männer die Debatte dominierten.

Sie gründeten die Plattform «Her Voice», um die Frauen wachzurütteln und zu zeigen, «dass es sich nicht um ein blosses Wirtschaftsthema handelt, das man den Männern überlassen soll». Zielpublikum von «Her Voice» sind Städterinnen, die bei der Volksabstimmung über die EU-Verträge den Ausschlag geben könnten. «Wir wollen die Frauen davon überzeugen, im Zweifel Nein zu sagen», sagt Scholl.

In den Sommerferien 2025, als die Verträge in die Vernehmlassung geschickt wurden, setzten sich Faes, Hürlimann und Scholl hin und lasen die Texte. Dabei hätten sie festgestellt, dass die Erläuterungen des Bundesrates zu den Verträgen «zum Teil unvollständig, zum Teil falsch» seien. Das mache sie richtig betroffen, sagt Scholl. «Es ist nicht richtig, dass sich Private derart in ein Dossier reinhängen müssen, weil sie den Informationen der Behörden nicht vertrauen können. Von den vielen hoch qualifizierten Bundesangestellten erwarte ich, dass sie den Inhalt korrekt wiedergeben.» An die Politiker appelliert sie, sie sollten sich die Zeit nehmen und die Vertragstexte lesen. So schwer sei das nicht. Bei der Lektüre sehe man rasch, wie weit der jeweilige Geltungsbereich gefasst

sei und «dass die Schweiz alle künftigen Rechtsakte in diesem enorm weiten Bereich ebenfalls übernehmen muss».

Den Personalwechsel in Brüssel abwarten

Kein Anwalt würde seinem Klienten raten, einen solchen Vertrag abzuschliessen, sagt Scholl. Als Gemeindepräsidentin sei sie verpflichtet, der Bevölkerung darzulegen, wie der Gemeinderat zu einem Entscheid gelangt sei und ob es Varianten gebe. «Der Bundesrat vermittelt hingegen den Eindruck, als seien die EU-Verträge alternativlos. Und das stimmt einfach nicht.»



«Der Bundesrat vermittelt den Eindruck, als seien die EU-Verträge alternativlos. Und das stimmt einfach nicht.»: Phyllis Scholl

Annick Ramp / NZZ

Was wäre denn die Alternative? «Wir haben erstens das Freihandelsabkommen mit der EU, es ist die Grundlage für den

gegenseitigen Marktzugang. Es könnte gemäss dem Abkommen der EU mit Kanada angepasst werden. Mehr als Marktzugang braucht es für den Export eigentlich nicht. Zweitens hängt vieles von den Personen ab, unser Verhältnis mit der EU ist menschengemacht, die Forderungen der EU sind es auch. Wir müssen der heutigen EU-Kommission die Stirn bieten und den Personalwechsel abwarten.» Den Wechsel an der Spitze der EU-Kommission? «Ja. Die EU-Kommission kommt immer mehr unter Druck, die Bevölkerung in den grossen Mitgliedsländern ist enorm unzufrieden mit der Politik. Irgendwann wird auch die EU-Kommission mit anderen Köpfen weiterarbeiten müssen.»

Die Antwort auf die Frage, was wichtiger sei: ein geregeltes Verhältnis mit der EU oder die Bewahrung von Föderalismus und demokratischer Mitsprache, ist für Phyllis Scholl völlig klar. Natürlich seien die Institutionen wichtiger. «Mir ist lieber, dass die Schweizer Bevölkerung entscheidet und nicht die paar Leute in der EU-Kommission, die wir nicht gewählt haben. Oder eine Handvoll Richter am Europäischen Gerichtshof. Die kollektive Intelligenz ist uns näher.» Je weiter weg die Entscheide getroffen würden, desto weniger engagiere sich der Einzelne.

Wird sich wirklich so viel ändern, wenn wir die Verträge abschliessen? Die Schweiz übernimmt ja schon heute freiwillig sehr viel EU-Recht. Kurzfristig werde man den Wechsel zur dynamischen Rechtsübernahme wohl nicht spüren, räumt Scholl ein, doch auf mittlere und längere Sicht sehr wohl. Es gehe um acht zentrale Politikbereiche, darunter die Personenfreizügigkeit. «Die Liste von Dingen, bei denen die Schweizer Politik nichts mehr ausrichten könnte, würde mit den Verträgen immer länger.»

Man sehe das beim Luftverkehr, wo die Schweiz schon heute dynamisch neues EU-Recht übernehmen müsse. Ein Beispiel: «Kommerzielle

Helikopterflüge dürfen nur noch von Piloten durchgeführt werden, die noch keine 60 Jahre alt sind – auch für Flüge innerhalb der Schweiz, also etwa Transportflüge vom Tal auf die Alp. Und das nur, weil die EU eine entsprechende Regelung erlassen hat.»

Die Vertragsbefürworter würden wahrscheinlich einwenden, dass es sich um Kleinigkeiten handle und man das grosse Ganze sehen müsse. Zudem könne die Schweiz ja immer Nein sagen. Das lässt Scholl nicht gelten. «Gegen eine Regelung wie jene über die Helikopterpiloten wird sich nie jemand wehren. Man findet sie zwar unsinnig, will aber keinen Konflikt mit der EU riskieren. Wenn wir weitere Verträge mit Verpflichtung zur dynamischen Rechtsübernahme abschliessen, werden wir uns beugen müssen, und zwar laufend. Wenn man diese Haltung verinnerlicht, dann knickt einen das. Dann ist Schluss mit der Selbstbestimmung. Auch das gehört zum ‹grossen Ganzen›.»

Auch der ehemalige Präsident Thierry Burkart sagt Nein

Phyllis Scholl kann, und das hat sie so manchem Politiker voraus, auf mehreren Ebenen diskutieren. Sie ist bei den staatsrechtlichen Einwänden gegen die EU-Verträge ebenso sattelfest wie bei den Details bezüglich der Wasserkraft. Kein Wunder, ist sie als Podiumsteilnehmerin gefragt. Hin und wieder tritt sie auch an Anlässen auf, die von der SVP organisiert werden – zur grossen Freude der Volkspartei, die gerne auf die «FDP-Gemeindepräsidentin aus Kilchberg» hinweist.

Scholl und ihre Mitstreiterinnen Hürlimann und Faes wollen aber unabhängig bleiben, ihr Engagement habe nichts mit politischen Parteien zu tun. Dass ihre eigene Partei, die FDP, die EU-Verträge wohl annehmen wird, bremst Scholl nicht. «Wenn der frühere Parteipräsident Thierry Burkart im Ständerat gegen die Verträge stimmt, kann auch ich

als Gemeindepräsidentin meine Meinung sagen. Und andere Freisinnige können das auch. Der Widerstand gegen die EU-Verträge ist sehr breit: Er reicht vom SP-Mann Rudolf Strahm bis tief in die Wirtschaft hinein.»

Erfahren Sie mehr BETA

FragNZZ beantwortet Ihre Fragen ...

Was ist die Plattform Her Voice?

Wer ist die Gemeindepräsidentin Phyllis Scholl?

Welche konkreten Gefahren birgt die dynamische Rechtsübernahme für unsere schweizerische Demokratie und den Föderalismus?